

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postweg. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. März 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tabakanzeigen 20 Pf. Die übrigen Anzeigen: 30 Pf. Text-, Verkeims- und alle sonstigen Anzeigen 60 Pf. Die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 26

### Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Schon in der sogenannten guten alten Zeit, die noch gar nicht so weit hinter uns liegt, war die Not der Arbeitslosigkeit eines der größten Übel. In der Gegenwart ist sie jedoch geradezu zum Verhängnis für den Aufbau einer neuen und besseren Kulturperiode geworden. Arbeitslosigkeit ist ein gleichbedeutend mit beruflicher Heimatlosigkeit, zerstückt die wichtigsten Existenzurzeln und bildet dadurch die stärksten Grundpfeiler aller Anarchie. Aus dem Gemütle der Verelendung durch Arbeitslosigkeit wuchern Gedanken der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit empor, und zwar um so üppiger, als davon immer mehr Männer und Frauen heimgesucht werden, die diese tiefen Schattenseiten des Wirtschaftslebens früher nur vom Sagenhören kennen lernten, aber nie persönlich verspürt haben. Fällt dieses Volk noch mit einer Zeit zusammen, in der, wie in der Gegenwart, selbst der arbeitende Mensch kaum in der Lage ist, das Leben aus den Früchten seiner Arbeit auch nur notdürftig fristen zu können, so treten die kulturellen und sozialen Gefahren der Arbeitslosigkeit nur noch um so unheimlicher hervor. Sie bilden das traurigste Erbteil des zusammengebrochenen alten Systems. Und eine neue Gesellschaftsordnung wird sich erst dann aufbauen lassen, wenn es gelingt, diese Sorgen aller Sorgen an der Wurzel zu heilen, und zwar an ihrer Geburtsstätte, im Produktionsprozess, aus dem sie entspringen.

Wie solche Überwindung und Selbstüberwindung daraus haben wir daher unsere erste Beurteilung der Ergebnisse der letzten Tarifabschlusskämpfe unter den Stichworten „Kampf und Sieg!“ zusammengefasst. Der Kampf drehte sich um die Abwehr äußerer gefährlicher Verschlechterungsverluste auf dem Lohngebiete für die arbeitenden Buchdruckergehilfen. Und der Sieg bestand in der vollständigen gegliederten Zerschlagung dieser Gefahr und in der praktischen Durchsetzung eines Prinzips auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf dessen Anerkennung unter gewerkschaftliches Streben schon seit Jahrzehnten gerichtet war. Und das ist die jetzt zur Anerkennung gelangte Verpflichtung der Unternehmer, die Not der Arbeitslosigkeit durch materielle Zuschüsse abzuschwächen und für weitgehende Unterbringung der Arbeitslosen mit vereinten Kräften zu sorgen. In dem vor einiger Zeit begrabenen Organisationsvertrag war ja bekanntlich schon eine ähnliche materielle Verpflichtung für die Prinzipalität enthalten. Sie blieb aber infolge der Engstirnigkeit im Hauptvorstande des Deutschen Buchdruckervereins nur auf dem Papier stehen, ohne jemals praktisch in dem Sinne berücksichtigt zu werden, wie es ursprünglich gedacht war. Der Organisationsvertrag ist tot; aber die Tarifgemeinschaft lebt. Sie ist durch die tarifgesetzliche Anerkennung des Prinzips einer Entschädigungspflicht für ausfallenden Arbeitsverdienst wegen Arbeitsmangels erweitert und vertieft worden. Zwar kommt diese Entschädigungspflicht den völlig Arbeitslosen nicht direkt zugute; aber die Wirkungen sind dergestalt, daß durch sie die Zahl der Arbeitslosen eingebremst wird, und daß außerdem durch die weiseren neueren tarifgesetzlichen Bestimmungen alle Mittel und Wege erschöpft werden müssen, um die Zahl der vorhandenen Arbeitslosen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Sinngemäß wurde dadurch einem wesentlichen Teile der Forderungen der Arbeitslosen, wie solche insbesondere in zwei Versammlungen der Berliner Arbeitslosen laut Bericht der Generalversammlung des Berliner Gewerkschaftsbundes (vgl. „Korr.“ Nr. 17) erhoben wurden, durch den Tarifauschuss Rechnung getragen. Die Beschlußfassung der obersten Tarifinstanz der deutschen Buchdrucker geht in der Bedeutung sogar über den Rahmen des Gewerbes hinaus, und zwar als ein vorbildliches Beispiel berufsgemeinschaftlicher Solidaritätsbekundung, das erst nachträglich durch den am 5. März von der Reichsregierung der Nationalversammlung in Weimar vorgelegten Entwurf eines Sozialversicherungsgesetzes auch für die Allgemeinheit des deutschen Volkes als notwendig und zweckmäßig an-

erkannt worden ist. Und bezeichnenderweise dient gerade dieser Gesetzentwurf den geistigen Urhebern des zur Zeit noch im Verglimmen befindlichen Generallösungsplans in Mitteldeutschland als willkommenes Brücke, die ihnen die Rückkehr zu friedlicher und produktiver Arbeit erst wieder zu ermöglichen scheint. Der erste Paragraph dieses Sozialversicherungsgesetzes, der für alle übrigen Bestimmungen des Gesetzes richtunggebend ist, hat folgenden Wortlaut:

Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes Wirtschaftsgut der Nation steht unter dem Schutze des Reiches. Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch seine Kräfte seine Unterhaltungsbedürfnisse zu befriedigen. Soweit er Arbeitslosigkeit nicht zu lindern vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

Die Sozialversicherung beginnt demnach mit der Arbeitslosigkeit, sichert ein Recht auf Arbeit, und sofern letzteres aus irgendwelchen Gründen nicht gewährleistet werden kann, wird die Sicherung des notwendigen Unterhalts aus öffentlichen Mitteln nach Maßgabe eines erst noch zu schaffenden Reichsgesetzes in Aussicht gestellt. Die für uns hier jedoch in Frage kommenden Beschlüsse des Tarifauschusses beruhen in ihren Kernpunkten auf den ganz gleichen Grundgedanken. Sie legen die Arbeitspflicht als an und für sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse schon gegeben voraus, erheben das Recht auf Arbeit für den gelehrten Buchdrucker zu einem tarifgesetzlichen Grundgedanken, garantieren ferner für den Ausfall an Arbeitsverdienst bei nicht voller Beschäftigungsmöglichkeit einen Zuschuss aus gewerblichen Mitteln, der durch den Unternehmer auszubringen ist. Kommt zwar dann noch die durch das Sozialversicherungsgesetz festgesetzte Arbeitsbeschaffung oder im Falle der Unmöglichkeit einer solchen, die finanzielle Sicherung der Existenzunfähigkeit, so stellen die Beschlüsse des Tarifauschusses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Sieg einer kulturellen Idee dar, die dem Gedanken der gewerblichen Tarifgemeinschaft ein moralisch weit höheres Gepräge geben, als dies auf dem Wege eines bisher leider nur zu oft kleintlichen Fischens um die Verteilung der buchgewerblichen Arbeitskräfte möglich war. Was ihm so deutlich in Erscheinung treten wird, als diese Beschlüsse jetzt schon Gültigkeit haben, während die von uns angeführten Grundgedanken des neuen Sozialversicherungsgesetzes erst nach ihrer endgültigen Fassung und eines näher oder ferner liegenden Einführungsstermins harrn.

Das ist Sinn und Zweck der Vereinbarungen, wie sie im Beschlußprotokoll der letzten Tarifabschlusskämpfe mit folgenden Worten zum Ausdruck kommen:

Selbstens aller im Buchdruckgewerbe ruhenden Kräfte ist darauf hinzuwirken, daß dem Buchdruckgewerbe durch private und behördliche Auftragsgeber Aufträge zu tariflichen Bedingungen zugeführt werden, damit der großen Arbeitslosigkeit gesteuert und auch den Prinzipalitäten die Möglichkeit geboten werden kann, ihren Verpflichtungen aus dem Tarifvertrage zu entsprechen. Das Tarifamt wird beauftragt, die hierfür geeigneten Schritte unverzüglich einzuleiten.

Der Tarifauschuss hält sich für verpflichtet, die vorhandene Zahl der arbeitslosen Gehilfen zu beschränken; es muß dies geschehen in dem Geiste, wie dieser der Tarifgemeinschaft innewohnt, und aus väterlichem Interesse. Aus diesem Grunde muß im Buchdruckgewerbe die volle Durchführung der getroffenen Bestimmungen über Wiederinstellung der Kriegsteilnehmer herbeigeführt werden. Außerdem verpflichten sich die Prinzipalitätsvertreter, dahin zu wirken, daß in förmlichen gemeinsamen Vereinbarungen der tariflichen Instanzen bzw. Organisationsvertreter, gegebenenfalls unter Mitwirkung der Kreisvertreter, der Unterbringung der derzeit in übermäßiger Zahl noch vorhandenen Arbeitslosen baldigt nähergetreten wird, insbesondere soweit es sich um Familienhälften handelt.

Tritt wegen Arbeitsmangels bei einzelnen Firmen eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, so hat die betreffende Firma bei Verkürzung der Arbeitszeit um förmlich eine Stunde von dem ausfallenden Arbeitslohne 20 Proz., bei zwei Stunden 25 Proz. und bei drei Stunden 33/3 Proz. zu vergüten. Die Verkürzung der in der Druckerei geltenden Arbeitszeit muß nach An-

führung des Personals eine Woche vorher angekündigt werden.

Zu dem Vorschlage der Kommission über Unterbringung der Arbeitslosen wird ausgeführt, daß in diesem Vorschlage der gute Wille zum Ausdruck kommt, der Not der Arbeitslosen nach Möglichkeit zu steuern. Die Bürde hierfür liegt in dem Zusammenarbeiten der dafür in Betracht kommenden örtlichen tariflichen und Organisationsinstanzen.

Gestellst wird, daß, falls wegen Arbeitsmangels eine Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben sich erforderlich macht, dies geschehen soll nach Anhörung des Personals bzw. seiner Vertreter. Die Verkürzung der Arbeitszeit anzuordnen ist dagegen das Recht des Prinzipals.

Verständigen sich Prinzipal und Gehilfe, daß die Arbeitszeit nicht stundenweise verkürzt werden soll, sondern daß z. B. an fünf Tagen voll, am sechsten Tage nicht gearbeitet wird, so sieht einer solchen Vereinbarung nichts im Wege, doch soll dieselbe in Anlehnung an den vorliegenden Beschluß über Fortsetzung der dafür zu zahlenden Entschädigung zustande kommen. Falls sich die Parteien über die Entschädigungen nicht einigen können, entscheidet das Tarifamt.

Gestellst wird ferner, daß, falls die Arbeitszeit für die Gehilfen verkürzt ist, auch die Beibringung mit produktiver Arbeit nicht länger beschlagnahmt werden dürfen wie die Gehilfen. Ebenso soll z. B. die Arbeitszeit bei den Maschinenlehren nicht verkürzt werden, wenn deren Beschäftigung im Handbuche möglich ist. Weiter soll die Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Abteilungen eines Betriebes zulässig sein.

Es werden nicht nur in verschiedenen Punkten diese Beschlüsse und Erläuterungen auch gefaßt sind, so wird es doch nicht an Erfordernissen fehlen, die darauf abzielen, die Wirkung einer glatten Durchführung der neuen Bestimmungen nach der einen oder andern Seite abzuschwächen. Das wird überall dort vorkommen, wo der gute Wille im Geiste der Tarifgemeinschaft und im väterlichen Interesse noch zu wünschen übrig läßt. Das darf aber weder die Vertrauensleute der einzelnen Personale, noch die Vorstände der Gehilfenorganisation an irgendeinem Ort abhellen, so rasch und sachkräftig wie nur möglich in ihrem Bereiche zu einer Verknüpfung im Sinne dieser Beschlüsse und Anregungen beizutragen. Das Tarifamt selbst wird sein Möglichstes tun, um Planmäßigkeit und erfolgreiche Durchführung zu begünstigen. Aber verfehlt wäre es, in dieser Hinsicht alle Hilfe und Anregung nur von dieser Stelle zu erwarten. Überall muß schnell und gründlich Abhilfe der Arbeitslosennot durch eigene Initiative geschaffen werden; Unterbringung der Arbeitslosen ist wichtiger als noch höhere Steuerungsregeln.

Die Pflicht, die Zahl der Arbeitslosen in erhöhtem Maße zu beschränken und bei verkürzter Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels besondere Entschädigungen zu bezahlen, zwängt das Unternehmertum, eine unsehbare passive Resistenz in der Produktion aufzugeben und schärfer zu bekämpfen als bisher. Denn nur dadurch wird es gelingen, unproduktive Belastungen ihrer Betriebe abzuschwächen und die Möglichkeit einer kühneren Ausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel zu erzielen. Liegt also die materielle Verpflichtung dadurch auch auf materieller Grundlage für die Unternehmer selbst, so kommt dazu für sie noch die moralische Pflicht, die durch das Beibringenswollen gegeben ist. In der Heranbildung einer starken beruflichen Reservearmee liegt ein großer Teil der Schuld an der heutigen Überfüllung des Arbeitslosenmarktes besonders im Buchdruckgewerbe. Die diesbezüglichen entgegengesetzten Forderungen der Gehilfenchaft begegneten bei der Prinzipalität von jeher zähesten Widerstande, während die technische Entwicklung fortgesetzt dazu beitrug, die Auslichten einer gesicherten Existenz des gelehrten Buchdruckers mehr und mehr zu verelendern. Jetzt, wo eine wirtschaftliche Krise von noch nie dagewesener Größe über das Gewerbe hereinbrochen ist, tritt diese Schuld nur noch um so drückender in Erscheinung. Sie berichtigt daher auch die Gehilfenchaft zu der Forderung einer durchgreifenden Abhilfe. Der Verband selbst trägt schwerer als je unter dieser Last. Seine monatlichen Ausgaben be-

fragen zur Zeit über eine halbe Million Mark, die ihrerseits doch auch nur aus ersparten Arbeitserlösen stammen, und daher eine Belastung darstellen, der bisher auf Unternehmerrisiko kein ebenbürtiges Äquivalent gegenüberstand. Eine noch höhere Belastung der arbeitenden Kollegen ist so gut wie ausgeschlossen. Ihr vorläufiger Bericht auf eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen ist angesichts der aus tiefster gelinkenen Lebenshaltung keine Kleinigkeit für sie. Dazu kommt noch für viele die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und die Entbehrung von zwei Dritteln des Lohnausfalls für die gekürzte Arbeitszeit, die im wesentlichen dazu dienen soll, arbeitslose Kollegen in größerer Anzahl unterzubringen. Aber trotzdem wird sich die Kollegenschaft allerorten willig zur Tragung dieser Last bereit finden und ebenso gern dazu beitragen, daß sie kein Hindernis bieten wird, das Problem der Arbeitslosigkeit zu einer für das ganze Gewerbe ehrenvollen Lösung zu bringen.

Es handelt sich also nur darum, daß auch auf Prinzipaleite dieser Aufgabe in jenem Sinne nähergetreten wird, der dem neuen Zeitgeist entspricht und im Grunde genommen nur eine wesentliche Vertiefung der idealen Gedanken der Tarifgemeinschaft im Sinne einer beruflichen Arbeitsgemeinschaft bedeutet. Wohl ist das Elend der Arbeitslosigkeit in gegenwärtiger Umfang ein Produkt des Kulturbankrotts des verfallenen Systems, und kein Mittel sollte unversucht bleiben, jede einseitige Belastung einzelner Gewerbe zu verhindern. Was alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir es hier mit einem Berufsrisiko zu tun haben, das auf die Schultern der beruflichen Allgemeinheit, sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter, zu legen ist. Arbeitslosigkeit ist in diesem Sinne ein sozialer Berufsunfall, dessen Folgen gleich jenen der persönlichen Betriebsunfälle vom Gesamtwerte zu tragen sind; nur mit dem Unterschied, daß sich hier auch die Arbeiterchaft an den Kosten beteiligt, weil sie damit nicht nur ein ideales, sondern auch materielles Interesse bekunden will. Das letztere von jeher als hohe moralische Pflicht anerkannt zu haben, ist ein Postulat der organisierten Buchdrucker. Dieses Postulat endlich auch auf die Unternehmer, die Prinzipale, als erste Berufs- und tarifliche Arbeitsgemeinschaft ausgedehnt zu haben, ist ein Sieg der neuen Zeitgedanken. An den Prinzipalen liegt es nun, zu beweisen, daß sie dem neuen Zeitgeist Rechnung zu tragen gewillt sind; auch wenn es noch so schwer fällt. Es ist hier eine soziale Ehrenschuld abzutragen. Erst ihre Begleichung wird dem ganzen Gewerbe die so notwendige Ruhe und Höherentwicklung bringen; zugleich aber auch bahnbrechend wirken für die Lösung des Kardinalproblems der sozialen Frage überhaupt. Denn die Arbeit ist kein Übel; wohl aber ist es ein Unglück, keine Arbeit zu haben! Arbeitsfreude ist Lust zum Leben; Arbeitslosigkeit aber ist der Todfeind aller menschlichen Kultur! Verschleht sich auch jetzt noch das Unternehmertum in unserm Gewerbe der Notwendigkeit, diesen giftschwangeren Krebsgeschaden durch einschließenden Bruch mit Gedankengängen der alten Zeit zu heilen, und bekennt es sich nicht freiwillig und opferwillig zur rückhaltlosen Anerkennung und Durchföhrung der neuen Bestimmungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, so wird auch die Gehilfenschaft am Ende ihrer Geduld sein, und sich selbst zu heilen wissen. Denn hier ist auch der Rubikon für die Tarifgemeinschaft. Diese wird und kann für die Gehilfenschaft keine Fessel mehr sein, sich ihre Rechte selbst zu holen, wenn ihr auf diesem Irgrund alles wirtschaftlichen Elends, auf dem Boden der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auch jetzt noch nur mit Worten, statt mit Taten gebiet werden sollte!

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Bernburg.** In der am 8. Februar abgehaltenen Versammlung gab Vorsitzender Elze einen kurzen Bericht über die Aufwendungen des Ortsvereins im Weltkrieg. Von 52 Mitgliedern bei Ausbruch des Völkeringens blieben 20 in der Heimat zurück, 17 Kollegen blieben auf dem Felde der Ehre, zwei sind in Gefangenschaft. Unterstützungen an die Krieger und deren Angehörige wurden, zum größten Teil durch Erbkasseuren, 1492,45 Mk. ausgebracht. Für diese bei der Größe des Vereins hochachtbare Opferfreudigkeit dankte der Vorsitzende. Liege doch darin ein schöner Beweis für das Zusammengehörigkeitsgefühl in Freud und Leid. Nachdem Kollege Elze noch auf den Ernst der Zeit und auf die Gefahren hingewiesen hatte, welche die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bedrohen, daß er die Kollegen, auch fernverhin treu zusammenzufassen für das Wohl unsrer großen Organisation.

**Breslau.** (Maschinenmeister.) Die am 9. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen, was dem Vorsitzenden Veranlassung gab, an die Kollegen den Appell zu richten, sich immer lo zahlreich in den Versammlungen einzufinden, bleibe doch der Verein seinen Mitgliedern Gelegenheit, durch technische Vorträge und Veranftaltungen ihr Können und Wissen in jeder Hinsicht zu erweitern. Der aus dem Felde zurückgekehrte Vorsitzende Alfred Pieck begrüßte die Ertrienenen und widmete ein Willkommen den aus

dem Felde heimgekehrten Feldgrauen. Er gedachte in ehrender Weise der im Felde gefallenen Kollegen und dankte zugleich dem Kriegsvorkomitee für seine Arbeit. Hierauf wurde der Jahres- und Kassensbericht erstattet. Der Mitgliederstand zählte am Anfang des Jahres 45, am Schluß 76. Sodann erstattete Kassierer Fr. Schönborn den Kassensbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Weberwahl des Vorsitzenden Alfred Pieck und des Kollegen Fr. Schönborn als Kassierer. Vom Vorsitzenden wurde sodann ein Zirkular der Zentralkommission zur Verteilung gebracht. Im Anschlusse daran gelangte eine vom Vorstand ausgenommene Statistik in den Maschinenfäden betrefis Bedeutung der Maschinen zur allgemeinen Kenntnis. Weiter sind die Fragebogen von einigen Kollegen noch nicht beantwortet worden, und so wird sich die nächste Versammlung noch mit dieser Materie beschäftigen müssen. Ein Vorstandsantrag, unsern gelassenen Kollegen eine Ehrenfistel zu stiften sowie ein Antrag auf Zentralisierung von Fachbibliotheken wurden einstimmig angenommen. Sodann wurde noch beschlossen, das Stillsitzungsfeft, verbunden mit einer Begrüßung unsrer heimgekehrten Feldgrauen, in nächster Zeit abzuhalten.

**r.-Bühl (Baden).** Inste am 26. Januar abgehaltene Generalversammlung war sehr gut besucht. Vorsitzender Bild konnte ziemlich alle aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen herzlich begrüßen. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäfts- und Kassensbericht bewies, daß die Vereinsgeschäfte in guten Händen waren. Zur Fahne waren 17 Kollegen einberufen; zurückgekehrt sind ziemlich alle, welche dank des Entgegenkommens der Prinzipalität wieder an ihren alten Plätzen beschäftigt sind. Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1919: 31. Aus der Wahl zum Gesamtvorstande gingen u. a. hervor: als Vorsitzender Kollege Bild und als Kassierer Kollege Wirth. Die Teuerungszulagen des verfallenen Jahres wurden in den hiesigen drei Druckereien ankandtag bewilligt, diejenigen vom 1. Januar d. J. bis jetzt leider noch nicht. (Zwischen ist von den Gehilfen höfentlich entsprechend nachgeholt worden! Red.)

**Danzig.** In unsrer Generalversammlung am 28. Januar begrüßte Vorsitzender Pakke die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen und erstattete hierauf den Jahresbericht. Der Mitgliederstand beträgt jetzt wieder 303 Mitglieder. Der Kassensbestand beträgt jetzt 639,60 Mk. Während der Kriegsdauer wurden an die Familien der zum Militär eingezogenen Kollegen 21 000 Mk. Unterstützung gezahlt. Den verheirateten arbeitslosen Kollegen wird aus dem noch vorhandenen Gelde des Kriegsfonds 1,50 Mk. pro Woche Mietsunterstützung gezahlt. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Oskan Jango, zum Kassierer Kollege Karl Scholtke gewählt.

**Dresden.** (Maschinenmeister.) Der sich seit Beginn der Demobilisierung wesentlich bessernde Versammlungsbesuch zeigte sich auch in der Generalversammlung am 9. Februar. Die in dem Feldpostbüro hies bekundete Anhänglichkeit unsrer Kollegen bekräftigten sie durch reges Interesse an unsern Veranftaltungen. Nach Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen durch Kollegen Freitag, land der gedruckt vorliegende Rechenschaftsbericht Ergänzungen durch den Vorsitzenden Reubner und den Kassierer Horn. Letzterem wurde Entlastung erteilt. Inste Mitgliederzahl liegt auf 86 auf 114. Von 220 zum Seeresdienst einberufenen Kollegen haben wir leider 51 als Opfer dieses Völkermordens zu beklagen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der nach reichlich vier Jahren aus dem Felde zurückgekehrte frühere langjährige Vorsitzende, Kollege Lehmann, einstimmig wiedergewählt. Die übrigen Vorstandsmänner, einschließlich der Technischen Kommission, wurden durch Wahl auf Friedenshöhe gebracht. Nach kurzer Aussprache über interne Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

**Duisburg.** Inste Monatsversammlung am 9. Februar konnte nach längerer Zeit einmal wieder unsern Gausvorsteher, Kollegen Emil Albrecht, in unser Mitte begrüßen. Unter „Geschäftlichem“ wurden zwei junge Kollegen dem Verbands angeführt. Der Vorsitzende Palehi gab eine ausführliche Darstellung des Ueberalls der Sparteikisten auf die hiesige „Niederheinische Volksstimme“, die mit einem Aufgebote von mehreren Kompagnien der Mühlheimer „Sicherheitswehr“ mit 28 Maschinengewehren die Druckerei „eroberten“. Selbstverständlich waren unsre Kollegen nicht zu bewegen, für diese „Feldern“ zu arbeiten, und nach vier Tagen räumten sie denn auch wieder lang- und klangoß das Feld. Der Ruf nach Wöskaffung der Nacharbeit wird immer dringlicher. Eine rege Aussprache zeitigte den Beschluß, daß der Vorstand mit dem hiesigen Verlegerverein eine Aussprache über die Abschaffung bzw. Milderung der Nacharbeit herbeiföhren soll. Nach Entgegennahme der Abrechnung von der Weibnacksteler und des Kassensberichts für das vierte Quartal 1918 nahm Kollege Albrecht das Wort zu seinem Vortrag über: „Die jüngsten Vorgänge im Buchdruckgewerbe“. Der geschätzte Redner gab in seinen trefflichen Ausführungen ein überblickliches Bild der wichtigen Verhandlungen des Buchdruckertrats in Berlin und legte eingehend die Gründe dar, die zu der Forderung nach Erhöhung der Teuerungszulagen föhrt. Die sehr gut besuchte Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall. Zum Schlusse wurde die Neugründung der Typographischen Vereinigung beschlossen und zu diesem Zweck 100 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Die rege Aussprache zeigte auch hier erfreulicherweise allseitiges Interesse für die weitere Fortbildung im Berufe.

**Ohligsen a. N.** Ein wesentlich erfreulicherer Bild zeigte unsre am 3. Februar abgehaltene Generalversammlung. Nahezu sämtliche aus dem Felde zurück-

gekehrte Kollegen hatten sich außer dem am Orte verbliebenen dazu eingefunden. Mit einer Begrüßung der Heimgekehrten eröffnete Vorsitzender Kaufmann die Versammlung. Leider mußte er auch diesmal den Tod eines im Lazarett verstorbenen Kollegen melden. In üblicher Weise erbrte hierauf die Versammlung das Andenken des dem Kriege zum Opfer Gefallenen. Aus dem Geschäftsberichte des Vorsitzenden ist erwähnenswert, daß vor dem vor dem Kriege dem Ortsverein angehörenden Mitgliedern 52 ansmarchiert, 14 gefallen sind. Die förtlichen Teuerungszulagen bis 1. Oktober und 1. Dezember stehen bei den Prinzipalen auf keinen Widerstand, anders dagegen die ab 1. Januar fölligen. Die Firmen J. B. Schreiber („Meggendorfer Kätzer“) und W. Langguth bequemen sich erst nachträglich zur Zahlung. Den Kassensbericht erstattete Vertrauensmann Feinermann. Aus Ortskassensmitteln, eben solchen aus der Maschinenmeisterkassa und freiwilligen Gaben der Mitglieder konnte allein am Tage des Waffenstillstandes noch im aktiven Militärverhältnisse stehenden Kollegen und den Frauen der Gefallenen ein Geldgeschenk verabreicht werden. Dem Dank für die während der Kriegszeit den Kollegen im Felde und deren Angehörigen gewordenen Zuwendungen mannigfacher Art gab Kollege Regetmann unter Zustimmung der Zurückgekehrten bereiten Ausdruck. Hierauf gab Kollege Feinermann ein mit vielem Beifall aufgenommenes Bild über die derzeitige Lage im Gewerbe. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des Vertrauensmannes, während der Vorsitzende sein über Kriegsdauer verwaltetes Amt an den Kollegen Scheu abtrat. Infolge Ebbs in der Kasse des Typographischen Klubs übernahmen die Kollegen die Anschaffung der „Mitteilungen“ auf ihre eigene Kasse. Mit Worten des Dankes für das gezeigte rege Interesse, hoffend, daß dies auch für die Zukunft anhalten möge, schloß der Vorsitzende die von kollegialem Geiste getragene Versammlung.

**Orst.** (Vierteljahrsbericht.) Die nach der Demobilisierung bisher abgehaltenen Versammlungen waren sehr gut besucht. Der Ortsverein zählt nun wieder 24 Mitglieder. Zum Seeresdienst eingezogen wurden 41 Kollegen; auf dem Felde der Ehre blieben acht, in Gefangenschaft gerieten drei Mitglieder. In der Dezemberversammlung wurden besonders eingehend die Beschlüsse des Buchdruckertrats und des Tarifamts sowie die damit verbundene Arbeitslosenfrage erörtert. Der amtsende Bezirkskassierer Urban (Auffuß) gab zu letzterem Abschnitt für die zurückgekehrten Kollegen, betrefis ihrer Einstellung bei der alten Firma. Die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Teuerungszulage wurde als unumwundene Notwendigkeit anerkannt und in den hiesigen Druckereien glatt zur Einführung gebracht. — Die Januarversammlung brachte in ihrer reichhaltigen Tagesordnung erstmalig den Jahresbericht des Kassierers, im welchem die Neuwahlen für die Vorstandsmänner. Kollege Krause als langjähriger Vorsitzender sowie Kollege Janke als Kassierer batem, von einer Wiederwahl Abstand zu nehmen, denn auch andre rüstige Mitglieder müßten einen tieferen Einblick in die föhrenden Geschäfte nehmen können. Als Vorsitzender wurde Kollege Weicher, als Kassierer Kollege Flach gewählt. — Der am 1. Februar im Vereinslokal abgehaltene Begrüßungsabend zu Ehren der heimgekehrten Kollegen nahm einen recht angenehmen Verlauf. Es waren Stunden echter Kollegialität — möchte aber auch den Versammlungen des Ortsvereins ein ebenso großes Interesse entgegengebracht werden.

**11. Freiburg i. Br. (Situationsbericht.)** Eine bewegte Zeit liegt hinter dem Bezirksvereine, denn innerhalb weniger Wochen fanden einige Ortsvereinsversammlungen und Vertrauensmannersitzungen statt. Bedingt war diese rege Tätigkeit durch die Verweigerung der neuen Teuerungszulagen seitens der Prinzipale. Drei Wochen hatte die Gehilfenschaft ruhig gewartet, und als noch immer nicht gezahlt wurde, fahen die hiesigen Gehilfen in einer zahlreich besuchten Versammlung am 22. Januar mit großer Einmütigkeit den Beschluß, nochmals an die Prinzipale heranzutreten und sie um Zahlung anzugehen, im absehenden Fall aber die einig möglichen Forderungen zu geben. Dieses Vorgehen hatte den gewünschten Erfolg auf der ganzen Linie, denn auch in den Bezirksorten wurden die Teuerungszulagen ausgezahlt. Nur in Donauweichingen nahmen die Kollegen einen andern Standpunkt ein und haben daher auch nichts erreicht. In einer weiteren Versammlung am 24. Januar wurde von diesem Ergebnisse den Mitgliedern Kenntnis gegeben. Diese nahmen dabei auch einen Antrag an, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung die Neuwahl des Gesamtvorstandes zu setzen. Um diesem Antrag entsprechen zu können, wurde die Bezirksgeneralversammlung früher gefest, und diese fand am 16. Februar im Feterlinglaale statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Müller in ehrendem Nachruf der 15 Toten des Jahres. Dann rekapitulirte er die Verkommnisse der letzten Wochen, worauf die Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern vollzogen wurde. Der knappen Zeit wegen konnte nicht nach der Tagesordnung beraten werden, weshalb zu den Wahlen geschritten wurde. Diese hatten u. a. folgendes Ergebnis: Hirck, erster Vorsitzender; Wöber, Kassierer. Einen großen Raum der Verhandlungen nahm die Arbeitslosenfrage ein, die von steigender Wichtigkeit ist, da auch in unserm Bezirke zwischen 70 und 80 Arbeitslose sind. Es wurde von diesen verlangt, daß den neusten Verordnungen entsprechend eine Reduzierung der Arbeitszeit Platz greife, um so Arbeitslose unterzubringen. Weit aber bezüglich der Unterstützung bzw. der Deckung des hierdurch entstehenden Lohnausfalls unterarbeiten besteben, wurde kein Beschluß gefast, sondern dies einer andern Tags abzuhaltenden Versammlung der Arbeitslosen mit dem neuen Bezirksvorstand und den Ver-

frauensteuern überlassen. Sollen sich ändern sich bald die Verhältnisse zum Bessern, so daß nicht nur unsere Arbeitslosen verschwinden, sondern auch die trotz der neuen Zulagen immer noch drückende Lebenslage sich hebt.

**Gera.** Unsere Jahreshauptversammlung vom 9. Februar hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen; ein Zeichen, daß die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen reges Interesse am Ortsvereine bekunden. Nach Erstattung des Kassenberichts für das letzte Quartal 1918 und nach Erledigung einer Wiedererwählungsliste als Vorsitzender Breinl seinen Kassenbericht. Die Mitgliederzahl stieg von 80 auf 130, vor allem infolge der Demobilisierung. Gestorben sind 1918 acht, gestorben zwei Mitglieder. Während des ganzen Krieges verlor der Ortsverein 34 Mitglieder. Für die Einberulenen und ihre Familien wurden aus der Ortskasse im Berichtsjahre 700 Mk. aufgewendet. Der Beschäftigungsgrad in den Druckereien war derselbe wie im Vorjahr. Am Schlusse des Jahres waren im Bezirke 40 arbeitslose Kollegen vorhanden, dabei haben die Firmen im großen und ganzen ihre aus dem Heere zurückkehrenden kriegsbeschädigten Arbeiter wieder eingestellt. Bei der ab 1. Januar 1919 festgesetzten Steuererhöhung gab es Schwierigkeiten zu überwinden. Doch wurde auch sie endlich von allen Firmen bezahlt, wenn auch unter Vorbehalt. Die Ortskasse hatte eine Mehreinnahme von 300 Mk. zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde als Anerkennung für notwendige Mehrleistung eine entsprechende Erhöhung der Remuneration bewilligt. Bei der Wahl des Vorstandes stimmten die Kollegen geschlossen für eine Wahl des früheren Vorsitzenden, Kollegen Feuckel, der bis zum Kriegsausbruch das Amt inne hatte. Da der Kassierer eine Wiederwahl einschließen ablehnte, wurde dessen Wahl auf die nächste Versammlung verschoben. Die Differenz bei der Kalkulation verchiedener Arbeiten einer hiesigen Firma fand entsprechende Mithbilligung. Kollege Roth dankte dem bisherigen Gesamtvorstande für die aufopfernde und legensreiche Arbeit, die er während des Krieges geleistet hat. Zum Schlusse dankte Kollege Feuckel im Namen der im Felde gewesen Kollegen für die erhaltene Unterstützung.

**a. Bad Korbach v. d. S.** Am 9. Februar hielt unser Ortsverein seine gutbesuchte Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht ist von allgemeinem Interesse, daß sich die Mitgliederzahl mit Kriegsschluss auf 26 gehoben hat. Acht Mitglieder sind noch beim Militär, davon drei in Gefangenenschaft. Trotz der kleinen Mitgliederzahl (15) hat der Verein im Jahre 1918 wieder aus eigenen Mitteln 144 Mk. Kriegsteilnehmerunterstützungen gezahlt. In den vier Kriegsjahren insgesamt 727,77 Mk. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen F. Storch jun. zum Vorsitzenden und Scheuermann zum Kassierer gewählt. Auch die übrigen Ämter wurden neu besetzt. Von nun an sollen die Versammlungen wieder regelmäßig alle Monate stattfinden und durch ausführende Vorträge bereichert werden.

**Maschinenf. (Maschinenf.).** Die am 9. Februar abgehaltene Generalversammlung war von auswärts nur durch Wühl und Raffat vertreten, im übrigen aber gut besucht. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einige Chöre des Gesangsvereins „Synagoga“, wofür auch an dieser Stelle gedankt sei. In der Begrüßungsansprache an die Zurückgekehrten gab Vorsitzender Ring ein überflüssliches Bild über die wichtigsten Ereignisse während der Kriegsdauer, daran den Wunsch knüpfend, nun die ganze Kraft der Organisation zu widmen. Mit Wehmüt gedachte er der lieben dem Militarismus zum Opfer gefallenen Kollegen, welche sodann in üblicher Weise geehrt wurden. Kollege Lang dankte im Namen der Feldgrauen für die Begrüßung und zugleich für die Vereinstätigkeit während der langen Kriegszeit. Zur Lohnnahme gelangten drei Kollegen. Aus dem Geschäftsberichte ging u. a. hervor, daß von den 75 Mitgliedern 51 eingezogen waren, jetziger Mitgliederstand 64. Die Besetzung des Vorstandes brachte infolgedessen eine Änderung, als die eingezogenen Kollegen ihre Plätze wieder einnahmen; ebenso wurde wieder eine technische Kommission gewählt. Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten wandte sich die Versammlung mit Entschiedenheit gegen die von einem Kollegen in Nr. 4 des „Korr.“ den Maschinenf. zugegebene „Erzählung“, die diesen zuteil geworden sei, weil bei der letzten Steuererhöhung den Maschinenf. gegenüber endlich einmal Gerechtigkeit geübt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Maschinenf. bei allen vorherigen Steuererhöhungen heimlich behandelt wurden, was aber bei jenem Kollegen keine Enttötung hervorrief. Mit solchen Auslassungen in der Öffentlichkeit kann wirklich nichts Gutes erreicht werden. Unter „Technischem“ erkrankte Kollege Mahenbacher mit einem Vortrag über „Regierung des Betriebsmittels“. Er machte die Versammlung mit der Gewinnung und Verarbeitung der verschiedenen Metalle bekannt und zeigte Proben von brauchbaren und unbrauchbaren Metallen, welche großes Interesse erweckten.

**Münster i. W. (Maschinenmeisterverein.)** Unsere am 2. Februar abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nachdem der Vorstand die aus dem Felde heimgekehrten Krieger bewillkommnet hatte, gedachte man auch der lieben Gefallenen und am Orte verstorbenen Kollegen. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Vom stellvertretenden Vorsitzenden wurde sodann ein kurzer Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse in den letzten Kriegsjahren gegeben. Die Beitragsleistung soll wieder in der alten Weise aufgenommen werden, es werden wöchentlich 20 Pf. erhoben. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig ist, daß alle Druckerkollegen sich unserer Sparte anschließen.

Es wurden die Geschäfte dem alten Vorstande wieder übergeben. Nachdem unter „Vereinsmitteilungen“ noch ein Zirkular der Zentralkommission zur Verlesung gebracht und besprochen worden war, wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, auch in Zukunft pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

**Bezirke Offenbach a. M.** Die sehr gut besuchte Hauptversammlung am 9. Februar ehrte zunächst das Ableben der Gießerkollegen Keimling und Sargel in üblicher Weise, worauf einige Neuaufnahmen vollzogen wurden. Den Jahresbericht des Vorstandes erstattete Kollege Schulze in gewohnter präziser Weise. Eine Aussprache knüpfte sich weiter nicht an den Bericht, es wurde aber dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß bei der demnächst stattfindenden Tarifauschussung den Gehilfenanträgen größtmögliche Beachtung geschenkt werden möchte. Wären zu Beginn und während des Krieges die Gehilfen gezwungen gewesen, die größten Opfer zu bringen, so sei es jetzt an der Zeit, daß auch die Gesellen weitergehendes Entgegenkommen zeige. Der Jahresbericht unseres Finanzministers Stein lag gedruckt vor, wurde von ihm noch etwas erläutert und die von den Revisoren beantragte Entlastung einstimmig erteilt. Die Vorstandsvergütung wurde in allen Positionen in Anbetracht der Steuerungsverhältnisse etwas erhöht und hierbei verständlich, daß die Energie des Vorstandes den Staatserwerbslosen gegenüber nicht erlahmen möchte, sondern noch mehr erstarke. Die Zusammenlegung des Bezirksvorstandes ergab für den zweiten Vorsitzenden und Kassierer eine Neuwahl, da sich beide, durch besondere Umstände gezwungen, nicht mehr zur Wahl stellten. Nachdem die übrigen Bezirksämter wieder besetzt und einige drückende Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte nach einem kräftigen Appell zum festen Zusammenhalten der Kollegen Schluss der von einem guten Geiste getragenen Versammlung.

**Wärzburg.** In der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Februar gab Kollege Schumacher einen Bericht über die am 4. Februar unter Vorsitz des Bürgermeisters Griseier stattgefundenen Verhandlungen über die verkürzte Arbeitszeit bei der Firma Ehrlich. Der Antrag der Gehilfen auf Verlegung bis zur Veröffentlichung des Resultats der neuerlichen Tarifauschussung vom 14. Februar fand bei der Geschäftsleitung trotz Unterstützung seitens des Verhandlungsleiters keine Gegenliebe. Bedauerlicherweise hat die kurz vorher erschienene Bekanntmachung des Buchdruckerrats eine Sandhaube dafür, daß bei verkürzter Arbeitszeit einzelne Sparten voll arbeiten dürfen. Die Geschäftsleitung wußte dies für sich auszunützen, so daß folgende Einteilung zustande kam: Ab 9. Februar wird täglich fünf Stunden gearbeitet, also in der Woche 30 Stunden. Die Drucker und Maschinenf. arbeiten voll. Die Reichserwerbslosenfürsorge findet mit den alten Sätzen, 4,50 Mk. für den Kollegen, 1,50 Mk. für die Frau und 80 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren, Anwendung, nicht in den neuerdings herausgegebenen Sätzen von 4 Mk., 1,25 Mk. und 1 Mk. Von dem noch vorhandenen Lohnansatz trägt die Geschäftsleitung 25 Proz., die übrigen 75 Proz. muß der Gehilfe zu den bisher gehaltenen Einbringungen noch übernehmen. Diese Abmachung gilt zunächst auf 14 Tage, da man bestimmt hofft, daß die Tarifauschussung entsprechende Richtlinien bringen werde. Aus diesem Grunde wurde auch ein Antrag der Versammlung auf Einführung eines Extrabeitrags seitens der Vollarbeiter zugunsten der verärgerten Kollegen zurückgestellt. Neben einigen sehr wichtigen internen Angelegenheiten konnte noch eine Neuaufnahme an den Gauverband weitergeleitet werden. Der Besuch der Versammlung war wiederum erfreulicherweise ein sehr guter.

**Solten.** Unsere am 2. Februar abgehaltene Generalversammlung war leider nur mäßig besucht. Die aus dem Felde Heimgekehrten begrüßte der Vorsitzende mit herzlichem Worten. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. Kollege Emil Müller als Vorsitzender und Kollege Erwald Wiedemann als Kassierer hervor; ersterer hatte dies Amt schon bis zu seiner Einziehung zum Militär inne. Im Kartellberichte wurde besonders auf die bevorstehenden Arznenkassen- und Stadtverordnetenwahlen hingewiesen. Zu beiden Wahlen sind eine Anzahl Kandidaten dem Kollegenkreise entnommen. Die hiesige Arbeiterkassette hat ein Grundstück mit Gebäuden zur Einrichtung eines Gewerkschaftshauses käuflich erworben. Unter „Verlesenen“ wurden noch einige interne Punkte erledigt.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Mitteilung der Redaktion.** Der Generalstreik in Leipzig machte es uns unmöglich, die am 1. März und die in der Zwischenzeit fälligen Nummern des „Korr.“ erscheinen zu lassen. Wir verzichten vorläufig darauf, unsern Lesern eine Darstellung der örtlichen Urachen und Folgen dieser Bewegung zu geben, da deren Wunden für die Leipziger Arbeiterkassette im allgemeinen und für unsere Kollegen insbesondere in den gegenwärtigen Stunden und Tagen noch zu brennend sind, um eine kritische Abwägung der Geschehnisse ertragen zu können. Von besonderer Wichtigkeit für die Kollegenkassette im Reich dürfte nur die Tatsache sein, daß im Leipziger Gewerkschaftskartell nur Vertreter unserer Organisation den Mut hatten, eine verpflichtende Stellungnahme der unsern Verband angehörigen Buchdrucker zu einer Sympathieerklärung des Kartells für diesen Generalstreik unter klarem Hinweis auf die

durch unser Verbandsstatut vorgeschriebene Neutralität in politischen Fragen abzugeben. In dem gleichen Zusammenhang erklärte der Sprecher unserer Kartelldelegierten, daß das Gewerkschaftskartell keine Befugnis habe, den ihm angeschlossenen Gewerkschaften unbedingt maßgebende Vorschriften in irgend einer Richtung zu machen, sondern daß die einzelnen Gewerkschaften in jedem Falle das Recht haben und haben müssen, zu allen Beschlüssen der Gewerkschaftskartelle, soweit sie den Aufgabenkreis einzelner Gewerkschaften betreffen, in ordnungsgemäßer, auf demokratischem Selbstbestimmungsrecht basierender Weise Stellung zu nehmen und selbständige Beschlüsse zu fassen. Damit ist die Stellung der Leipziger Kollegenkassette zu dem Generalstreik als Verbandsmitglied auf nationaler Grundlage geklärt; womit wir uns ohne jede Einschränkung einverstanden erklären können. Was nun das Erscheinen des „Korr.“ anbelangt, so werden wir bemüht sein, im Laufe des Jahres die während des zwölftägigen Generalstreiks ausgefallenen Nummern nachzuholen, indem wir die sonst wegen Zugs- und anderer Feierlage ausgefallenen Nummern für die durch den Generalstreik verzögerte Herausgabe einschalten werden und somit den laufenden Jahrgang trotz dieser gewaltsamen Störung auf die übliche Nummernzahl von 150 bringen.

**Buchdrucker als Landtagsabgeordneter.** Kollege Eugen Zeller in Straubing wurde in Wahlkreise Straubing (Niederb.) als sozialdemokratischer Abgeordneter in den bayerischen Landtag gewählt. Es ist dies der erste und einzige sozialdemokratische Abgeordnete aus Niederbayern.

**Keim- und brokos trotz nachgewiesener Stellung.** Zu dieser in Nr. 19 des „Korr.“ abgedruckten Rundschau wird uns von einem Kollegen aus Danzig geschrieben, daß seit Beginn der Demobilisierung in Danzig ununterbrochen Seher, Drucker usw. arbeitslos waren, gegenwärtig noch arbeitslos sind und daß leider immer noch Arbeitslose hinzukommen. „Das traurige Ergebnis des in Betracht kommenden Kollegen“, meint der berichtende Kollege, „mag wohl in der ersten Zeit der Demobilisierung vielfach anderwärts auch vorgekommen sein. Jetzt dürften die Arbeitsnachweise doch schon so weit imstande sein, den Gemeinden bei Bedarf von Arbeitskräften Bericht zu überbringen. Es haben hier auch ortstreue Drucker Konstellation erhalten. Einem noch heute in Danzig arbeitslosen Drucker erging es in einer sächsischen Stadt ebenso wie in dem geschickerten Falle.“

**Forderungen der Angestellten in Zeitungsbetrieben.** Eine Versammlung der Angestellten der Münchener Zeitungsbetriebe und Annoncenexpeditionen forderte unter anderem die einmalige Gewährung einer Anschaffungsbeihilfe, abgesetzt nach Dienstzeit und Familienstand, fernere einen 50prozentigen Zuschlag auf die Mindestbehaltsbezüge, Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer, Gewährung eines Urlaubs sowie Festsetzung der Arbeitszeit in allen Kontoren auf wöchentlich 44 Stunden.

**Dr. Eduard Mertens †.** Der bekannte Erfinder des Rotationskupferdruckes, Dr. Eduard Mertens, ist in Hoffstra. i. Br. am Herzschlage gestorben.

**Eine neue Reichspostmarke.** Das Stuttgarter Landesgewerbemuseum hatte Ende vorigen Jahres einen Wettbewerb für eine neue deutsche Reichspostmarke veranstaltet. Das Ergebnis dieses Preiswettbewerbs war bis zum 9. März im kaiserlichen Kunstgewerbemuseum zu Dresden ausgestellt. Wie uns berichtet wird, waren in diesen Arbeiten viele eigenartige Ideen und Anregungen verkehrert.

**Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel.** Die Leistungen des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, des Deutschen Verlagsvereins, des Vereins der Buchhändler zu Leipzig, des Vereins Leipziger Kommissionäre sowie Vertreter namhafter Verlagsbuchhändler haben beschlossen, eine „Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel“ mit dem Sitz in Leipzig ins Leben zu rufen.

**Urteil in Sachen der Besetzung des „Vorwärts“.** Vor dem Landgericht I in Berlin hatten sich vor einigen Tagen eine Anzahl Angeklagte, die sämtlich zur „Vorwärts“-Besetzung gehörten, wegen Aufruhrs usw., begangen in den bekannten Kämpfen um das „Vorwärts“-Gebäude, zu verantworten. Vom Staatsanwalt wurden Strafen von acht Monaten bis zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis beantragt. Die Verteidiger versuchten, die Schuld an dem Aufruhrleben der Regierung beizumessen, und warnten vor jeglichen Abstrafungsstrafen. Durch dauernde Verhörung und Verbreitung unwahrer Nachrichten sei es zu den explosionsartigen Ausbrüchen gekommen. Es sei erklärlich, daß sich der Zorn der Arbeiterkassette gegen die Presse gerichtet habe, die sie so lange bekämpft und belogen habe. Sie beantragten Freisprechung sämtlicher Angeklagten, eventuell nicht über das Mindestmaß hinausgehenden. Das Urteil lautete auf sechs bis zehn Monate Gefängnis. Einige Angeklagte wurden auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

**Papiergeldwärtirar im besetzten Gebiete.** Während der Kriegszeit hat in den großen Städten das mangelfache Notgeld das Licht der Welt erblickt. Seitdem aber die Rheinlande besetzt sind und der Handelsverkehr sich über bestimmte Gebietsgrenzen nicht ausdehnen kann, sind auch kleine Landstädte gezwungen, Papiernotgeld herzustellen zu lassen. Ohne Bilderdruck und ohne Phantasie fragen diese Geldscheine nur den Namen der Stadt, den Wert und das Datum. Allenfalls haben Bürgermeister oder Gemeinderäte noch ihren Stempel aufgedruckt. Neben diesem käuflichen Notgeld sieht man in den Besatzungs-

